

Avanti

2

Theoriebeilage
Max Horkheimer
zum Gedächtnis
von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

FASCHISMUS BEKÄMPFEN GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN WIDERSTAND ORGANISIEREN



INHALT

TITEL

- 01 GEGEN FASCHISMUS**
Reichen Proteste?

EDITORIAL / INHALT / ANTIFASCHISMUS

- 02 RHEIN-NECKAR**
Zehntausende aktiv

SEITE DREI

- 03 GEGEN FASCHISMUS**
Reichen Proteste?

AUFRUHR DER BAUERN

- 04 LANDWIRTSCHAFT**
Die „Gesetze des Marktes“

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

- 05 GALERIA KAUFHOF**
Vor dem Aus?

- 06 BAHNSTREIK**
Interview mit D. Grosshans (GDL)

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wer zu Jahresbeginn 2024 den Massenprotest von Millionen Menschen gegen die faschistische Bedrohung vorausgesagt hätte, wäre für verrückt erklärt worden.

Wir wiederum wären selbst verrückt, wenn wir uns nicht in der aktuellen *Avanti*² mit dieser sehr erfreulichen Entwicklung auseinandersetzen würden.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe ist der Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn AG.

Die Theoriebeilage enthält Helmut Dahmers sehr lesenswerte Würdigung Max Horkheimers.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Euch – nicht nur bei den Protesten gegen Faschismus!

Eure Redaktion

Titelbild:

Kundgebung gegen rechts in Mannheim, 27. Januar 2024.

Foto: helmut-roos@web.de.

INHALT

KULTUR

- 08 „FINSTERE ZEITEN“**
Was meint Bernd Köhler damit?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 GDL-STREIK**
Reise mit klarem Ziel

- 11 NEUJARHSRÄTSEL**
Welche Auflösung?

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 1974**
Massenstreik im Öffentlichen Dienst

TERMINE

THEORIEBEILAGE

- 01 HELMUT DAHMER**
Wer war Max Horkheimer?

Bewegung gegen Faschismus – „Rhodt statt Braun“

M. G.

Auch die Rhein-Neckar Region ist von der bisher größten Massenbewegung gegen Faschismus in der Bundesrepublik erfasst worden.

Vom Zentrum Mannheim bis zum kleinen Winzerort Rhodt unter Rietburg gab es bald nach dem 10. Januar 2024 – dem Tag der Veröffentlichung des Correctiv-Berichts über das Faschisten-Treffen in Potsdam – dutzende kurzfristig organisierte Proteste.

In Mannheim (etwa 315.000 dort Lebende) fand unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt“ mit 20.000 Menschen die in absoluten Zahlen bisher größte Kundgebung statt. In Rhodt (rund 1.200 Einwohner) versammelten sich 200 Personen unter der Losung „Rhodt statt Braun“. Dies war sogar die relativ größte Aktion.

Kennzeichnend für die Bewegung ist ihr spontaner Charakter. Alle Altersgruppen waren vertreten. Viele Menschen haben zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Demonstration teilgenommen. Partei- und Gewerkschaftsfahnen waren ein seltener Anblick. Hingegen waren selbstgemalte Schilder auf Pappkartons sehr oft zu sehen.

Der Wille, sich gegen die faschistische Bedrohung zu stellen, war unverkennbar. Das macht Hoffnung, zumal es den prokapitalistischen Parteien der selbsternannten „Mitte“ bisher nicht gelungen ist, die Proteste für sich zu vereinnahmen. Viele sehen deren Politik im Interesse der Konzerne und Reichen als eine Ursache für den Aufstieg der AfD.

Klar ist aber auch: Es bedarf mehr als Demos und Kundgebungen. Nur der Aufbau einer solidarischen Front gegen Rassismus, Faschismus und Profitgier wird den Rechtsruck stoppen können. Dafür setzen wir uns ein. ■



Demo gegen rechts in Heidelberg, 20. Januar 2024.

Foto: Avanti².

FASCHISMUS BEKÄMPFEN GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN WIDERSTAND ORGANISIEREN

O. G.

Fast 2 Millionen haben in den letzten Wochen gegen Faschismus demonstriert. Das ist großartig. Aber reicht das gegen den Rechtsruck aus?

Nicht erst seit dem Potsdamer Nazi-Treffen gibt es eine niederträchtige Hetzkampagne. Mit Parolen wie „Flüchtlingsflut“ oder „Islamisierung“ machen vor allem AfD & Co. Stimmung. Sie organisieren Hass und Terror und faseln von „Remigration“.

Ihre besonderen Hassobjekte sind die Ärmsten der Armen. Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung, Armut und Perspektivlosigkeit fliehen.

Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist Ende 2022 mit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht ein neuer Höchstwert erreicht worden. Es gab in fünf Jahren eine Steigerung um 58,2 %! Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist jedoch offiziellen Angaben zufolge von 745.545 (im Jahr 2016) auf 351.595 (im Jahr 2023) zurückgegangen. Das ist eine Verringerung um 52,8 %!

Rassismus als Spaltpilz

Vordergründig geht es bei rassistischer und faschistischer Hetze um Wahlerfolge. Strategisch geht es um die Beseitigung unserer demokratischen und sozialen Grund- und Menschenrechte.

Rassismus baut Sündenböcke auf und vertieft die Spaltung der arbeitenden Klasse (deutsche Arbeiter gegen ausländische Arbeiter). Er lenkt damit von der hemmungslosen Bereicherung an der Spitze der Gesellschaft ab.

Das ist ganz im Sinne des neoliberalen Kapitalismus, der alle Hindernisse der Profitmaximierung abräumen will. Mit „Digitalisierung“ und „Flexibilisierung“ streben Kapital & Politik eine grundlegende „Transformation“ der Arbeitswelt an.

Durch beschleunigte Prekarisierung, Verlagerung und Zerstückelung von Arbeit soll das Kräfteverhältnis noch mehr zu Gunsten des Kapitals verschoben werden. Die verbliebene Schutzmacht von Gewerkschaften soll entscheidend geschwächt werden. Jetzt wird sogar eine weitere Einschränkung des im Grundgesetz verankerten Streikrechts gefordert.

Vor dem Hintergrund eines zunehmend brutaleren globalen Wirtschaftskrieges soll die immer wildere Jagd nach Wachstum der Profite noch weiter verstärkt werden. Nennen wir das Problem beim Namen: Es heißt Kapitalismus, und die Ablenkung davon heißt Rassismus.

Vor über 30 Jahren erschütterten zahlreiche faschistische Anschläge und Morde die Bundesrepublik. Der Deutsche Bundestag reagierte darauf 1993 mit der Einschränkung des Grundrechts auf Asyl.

Jetzt erleben wir wieder eine Migrations-Politik, die immer weitere Zugeständnisse an rassistische Vorurteile macht. Die Ampelparteien, die CDU/CSU sowie die Freien Wähler über-

nehmen mehr oder weniger die „Argumentation“ der AfD zur Migrations-Politik. Sprüche wie der von der „Abschiebung im großen Stil“ (Kanzler Scholz) verschaffen Faschismus und Rassismus zusätzlichen Auftrieb.

Grund- und Menschenrechte verteidigen!

In Deutschland und der EU wurden und werden durch die neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben enorme Mittel für gesellschaftliche Solidarität gekürzt. Statt Armut und Klimazerstörung ernsthaft zu bekämpfen, steckt die herrschende Politik trotz „Schuldenbremse“ immer mehr Steuergelder in die „Kriegstüchtigkeit“.

Statt gute Arbeit, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Kultur, Pflege, Umwelt- und Klimaschutz sowie sozialen Wohnungsbau wirksam zu fördern, bedient die herrschende Politik vor allem die Interessen von Konzernen und Superreichen mit Milliarden von Euro. Nicht einmal die seit 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer wird reaktiviert. Auch dadurch wächst die soziale Ungleichheit immer weiter.

Es ist an der Zeit gemeinsam noch aktiver zu werden und sich einzumischen – am Arbeitsplatz, in Schulen, Unis, Stadtteilen, Gewerkschaften und Vereinen. Gegen Faschismus, Rassismus und Profitgier. Für eine einstündige allgemeine Arbeitsniederlegung am 21. März, dem internationalen Tag gegen Rassismus. Für eine solidarische Front zur Verteidigung unserer Grund- und Menschenrechte. ■



Demo gegen Faschismus in Mannheim, 27. Januar 2024.

Foto: N. B.

Landwirtschaft im Aufruhr – Für ein „Weiter so“?

U. D.

Seit Dezember 2023 finden in Deutschland Proteste von Bäuerinnen und Bauern statt.

Mit Traktoren werden Innenstädte lahmgelegt, der Verkehr auf Landstraßen ausgebremst und zeitweise Auffahrten zu Autobahnen blockiert.

Im Unterschied zum Umgang mit Aktionen der Klimabewegung waren die Reaktionen von Polizei und Politik auf die Blockaden sehr zurückhaltend. BLIND veröffentlichte keine Hetzartikel. Selbst der Blockade-Angriff auf die Habeck-Fähre blieb bisher strafrechtlich folgenlos.

Konservativ und in Teilen „rechtsoffen“

Mehrheitlich sind die Bäuerinnen und Bauern zwar national-konservativ, aber nicht faschistisch. Aber sie fühlen sich als Opfer einer weltfremden, „öko-ideologischen“ Politik. Das macht sie empfänglich für die rechte Propaganda, die gegen eine „links-grün-versifft“ Politik hetzt.

Daher können AFD und Co. mit ihren völkisch-rassistischen Hass-Parolen, Symbolen und Fahnen an den Protesten andocken und werden teilweise sogar mit Sympathie geduldet. Nicht zuletzt gelten bäuerliche Verbände wie der „LSV Deutschland“ oder die „Freien Bauern“ als „rechtsoffen“.

Kleine Gruppe, große Wirkung

An den Aktionen haben einige Zehntausend Menschen teilgenommen. Erstaunlich ist, dass ein solch kleiner Teil der Bevölkerung, dessen Beitrag zur deutschen Bruttowertschöpfung geringer als 1 % ist, einen solch großen Einfluss hat.

Inzwischen hat die Regierung aufgrund der Proteste bereits einen Teil der geplanten

Kürzungen zurückgenommen und sogar einen Maßnahmenkatalog zu Gunsten der Landwirtschaft angekündigt.

Politisch gewolltes Höfesterben

Auslöser der aktuellen Proteste waren die Kürzungs-Beschlüsse der Ampel-Koalition, die zu Lasten der Landwirtschaft gingen. Geplant waren die Einführung der Steuerpflicht für landwirtschaftliche Fahrzeuge und die Streichung der Steuerermäßigung für Agrar-Diesel. Zusammen eine Belastung von rund 920 Millionen Euro.

Doch der Kern der Proteste liegt tiefer. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Sie sind Teil der globalisierten, kapitalintensiven und durchindustrialisierten Nahrungsmittelproduktion und dem Diktat der Lebensmittelkonzerne und der Agro-Industrie ausgeliefert.

Seit Jahrzehnten werden die Höfe von Konzernen und Agrarpolitik zu fortgesetzter Ertragssteigerung mittels Chemiekeule, zerstörerischer Bodenausbeutung, immer größeren Maschinen und billigen Hilfskräften getrieben. Es gilt das Diktat: „Wachsen oder Weichen“. Mit Subventionen, die 40 bis 60 Prozent des Einkommens ausmachen, werden die Erzeugerpreise niedrig gehalten. Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe sind tief in diese Abhängigkeitsstrukturen integriert und längst zu einem aktiven Teil dieser Fehlentwicklung geworden.

Das angeprangerte Höfesterben ist keine neue Erscheinung, sondern seit Jahrzehnten Realität. 1995 gab es 590.000 Betriebe, 2020 nur noch 263.000, während sich die bewirtschaftete Gesamtfläche lediglich um 4 % auf 16,6 Millionen ha verringerte.

Investoren und Bodenspekulation

Seit der Krise 2008/09 sind Spekulanten auf der Suche nach sicheren Kapitalanlagen und kaufen Ackerland. Unter anderem führt dies zu einer Verknappung von Böden und steigenden Pachtzahlungen.

Wachsende Bedeutung haben Agrarholdings. Sie stellen nur 1,4 % aller Betriebe, bewirtschaften aber bereits 11 % der Acker-

flächen, in Thüringen sogar fast 40 %.

Hinter diesen Agrarholdings stecken Adlige, Großagrarier und reiche „Investoren“ wie Merkle, Rethmann oder ALDI Nord. Diese Holdings kassieren allein wegen ihrer Betriebsgröße hohe Subventionen – die Deutsche Agrar-Holding rund 5 Millionen Euro, die Boscor-Gruppe (ALDI-Nord) ca. 3 Millionen Euro.

Agro-industrieller Komplex

Die großen Nahrungsmittelprofiteure sind die marktbeherrschenden Konzerne in den Bereichen Landmaschinen, Energie, Chemie, Düngemittel, Saatgut, Pharmazie und Lebensmittelhandel. Zum Beispiel Bayer, BASF, John Deere, Moncléz, ALDI, REWE, EDEKA und Co.

Sie alle wollen in der Landwirtschaft ein „Weiter so“, um ihre hochprofitablen Geschäfte fortsetzen zu können. Sie beeinflussen die Gesetzgebung und zwingen der Landwirtschaft ihre Bedingungen auf. Sie präsentieren sich „ökologisch“ und „nachhaltig“, aber maximale Profite sind ihnen wichtiger als der Erhalt der Natur und unserer Gesundheit.

Ökologischer Umbau jetzt

Aus der globalen Krise der Landwirtschaft gibt es keinen kapitalistischen Ausweg. Ohne Überwindung des wachstumsorientierten Profitsystems kann sich nichts ändern.

Die Klimakatastrophe erfordert jedoch ein schnelles und gesellschaftlich geplantes Handeln unter Berücksichtigung folgender Punkte:

- Sofortiger ökologischer Umbau der Landwirtschaft unter Einbeziehung der Bäuerinnen und Bauern
- Keine Subventionen auf Grundlage der Betriebsgröße
- Keine Subventionen für klima- und naturschädigenden Anbau
- Förderung und Weiterentwicklung schonender Anbaumethoden
- Vergesellschaftung der gesamten Nahrungsmittelindustrie
- Für eine solidarische und ökologische Landwirtschaft.



Foto: Gemeindefrei.

Traktor von John Deere, 8. Mai 2007.

Die Signa-Pleite und die Auswirkungen auf Kaufhof/Karstadt

HELMUT BORN*

Wie schon lange befürchtet wurde, ist der Signa-Konzern des Immobilienspekulanten Benko ins Straucheln geraten und musste Insolvenz anmelden. Damit ist seine Geschäftsgrundlage hinfällig geworden.

Die Zinsen sind in den letzten 18 Monaten kräftig gestiegen, und die Mieten für große Immobilien lassen sich nicht auf den von Signa kalkulierten Preisen halten. Die Krise am Immobilienmarkt hat zu einer massiven Abwertung der großen Immobilien des Konzerns geführt – mit entsprechend negativen Auswirkungen auf dessen Einnahmen und seine Finanzierungen.

Das Unternehmen Galeria Karstadt/Kaufhof gehört zu 100 % dem Signa-Konzern. Benko hatte Kaufhof 2019 von der US-amerikanischen Hudson Bay Company für etwa 2 Milliarden Euro erworben. Diese wiederum hatte Kaufhof 2014 von der Haniel-Gruppe gekauft, die sich zuvor entschlossen hatte, ihre Anteile an der Düsseldorfer Metro Group abzustößen. Jahre vorher hatte Benko schon Karstadt übernommen und konnte mit dem Erwerb von Kaufhof die Deutsche Warenhaus AG gründen.

Das Geschäftsmodell Benkos

Das Geschäftsmodell Benkos für die Warenhäuser sah vor, dass die Filialen, die in seinen Besitz kamen, sofort in eine eigenständige Gesellschaft ausgegliedert werden sollten. Dies bedeutete, dass die Filialen mit einer stark erhöhten Miete belastet wurden, die heute von „Experten“ als für den Einzelhandel völlig überzogen bezeichnet werden. Das sind die gleichen „Experten“, die das vor der Insolvenz von Signa nie gesehen haben.

Nach dem Erwerb von Kaufhof trotzte Benko der zuständigen Gewerkschaft ver.di einen Sanierungstarif ab, bei dem die Beschäftigten auf einen Teil ihres Einkommens verzichten mussten. Dies war zuvor schon bei Karstadt jahrelange Praxis. Ferner baute der Konzern so viele Arbeitsplätze ab, dass man sich wundern musste, wie mit so einer geringen Personaldecke ein Warenhaus überhaupt noch betrieben werden konnte.

Wie wir wissen, folgten in den letzten Jahren zwei Insolvenzen von Galeria Karstadt/Kaufhof, bei denen bis Ende Januar 2024 insgesamt 50 Filialen geschlossen wurden, obwohl der Staat zur Rettung des Konzerns 680 Millionen Euro beigesteuert hatte.

Alternativen zum Arbeitsplatz-Abbau

Die Existenzkrise des Signa-Konzerns reißt auch Galeria Kaufhof/Karstadt mit in den Abgrund. Galeria musste die inzwischen dritte Insolvenz anmelden. Jetzt geht wieder bei den Beschäftigten die Angst vor Arbeitsplatzverlust um.

Der Vorstand und der Insolvenzverwalter strahlen zwar Optimismus aus und behaupten, dass es „Investoren“ gäbe, die das Unternehmen übernehmen würden. Aber es wird schwierig werden, solch einen Käufer für das gesamte Unternehmen zu finden. Es wird auf den Wirtschaftsseiten von Zeitungen eher vermutet, dass eine Zerschlagung des Unternehmens droht.

Eines dürfte allerdings klar sein. Für jeden „Investor“ steht die

Profitabilität seiner Geldanlagen im Mittelpunkt. Da spielt der Kaufpreis für solch eine Beteiligung eine ganz wichtige Rolle. Ob Galeria Kaufhof/Karstadt zu einem Schnäppchenpreis zu haben sein wird, steht in den Sternen.

Am besten für die Beschäftigten und das Warenhaus als Betriebsform wäre sicherlich eine Beteiligung der Öffentlichen Hand. Dann könnte das Unternehmen Spekulanten entrissen werden, und die Interessen der Beschäftigten könnten besser durchgesetzt werden.

Manche Kommunen haben ehemalige Filialen von Galeria Kaufhof/Karstadt übernommen und ein an die örtlichen Bedingungen angepasstes Konzept umgesetzt. Diese Kaufhäuser könnten durchaus dem gesamten Unternehmen als Vorbilder dienen, vorausgesetzt, dass es unter öffentliche Kontrolle kommt.

Ver.di sollte sich in diesem Zusammenhang an die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes erinnern, die eine Enteignung und Vergesellschaftung von Unternehmen sowie von Grund und Boden ermöglichen.

* [Ehemaliger Betriebsratsvorsitzender Kaufhof Düsseldorf.] ■



Protest gegen Schließung des Kaufhofs N 7 in Mannheim, 27. Juli 2020.

Streik bei der Deutschen Bahn AG

Nur wer kämpft, kann gewinnen

Am 29. Januar 2024 ist der fünftägige Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bei der Deutschen Bahn AG beendet worden. Wir haben mit Danny Grosshans über die Hintergründe des aktuellen Tarifkonflikts bei der DB AG gesprochen. Kollege Grosshans ist 2. stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Süd-West der GDL.*

Hat der Streik Wirkung gezeigt und wie geht es weiter?

Bei der DB AG hat man immer den Eindruck, dass – koste es was es wolle – die berechtigten Forderungen der GDL immer bis zur Ultima Ratio, bis zum Äußersten, getrieben werden müssen. Es hat den Anschein, dass Arbeitskämpfe bei den Verantwortlichen erst Eindruck hinterlassen, wenn der Druck aus Öffentlichkeit und Politik steigt. Die Streikauswirkungen beim letzten Arbeitskampf scheinen die Blockadehaltung im Vorstand der Deutschen Bahn AG endlich etwas gelöst zu haben. Die beeindruckenden Auswirkungen und Streikteilnahmen unter anderem auch im Bereich der Infrastruktur lassen sich jetzt nicht mehr vom Tisch wischen. In Hintergrundgesprächen haben sie nun die Verhandlungsverweigerung zum Beispiel zur 35-Stunden-Woche für Schichtarbeiter und zum Tarifvertrag für die Infrastruktur abgelegt. Ob das im Laufe der Verhandlungen so bleibt,

erfahren wir frühestens am 3. März 2024. Bis dahin besteht jetzt Friedenspflicht und Stillschweigen über den Stand der Verhandlungen.

Im Gegensatz zu den Transdev-Unternehmen haben es die Verantwortlichen bei der Deutschen Bahn AG noch einmal wissen wollen. Bereits nach dem Streik im Januar hat Transdev erklärt, die bei 18 Unternehmen bereits vereinbarte Verringerung der Arbeitszeit ohne anteilige Absenkung des Entgelts 1:1 übernehmen zu wollen. Daraufhin haben wir im Januar die Arbeitskampfmaßnahmen bei Transdev vorzeitig beendet. Warum wir bei der Deutschen Bahn AG dafür nochmals für 5 Tage streiken mussten erschließt sich mir nicht wirklich.

Welchen Stellenwert hat die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für die GDL?

Unsere Forderung nach einer Absenkung der Arbeitszeit ohne anteilige Absenkung

des Entgelts hat für unsere Kolleginnen und Kollegen einen sehr hohen Stellenwert und ist abschlussrelevant. Die Frage nach dem OB stellt sich nicht, sondern hier geht es lediglich um das WIE. Dass wir bei dem WIE kompromissbereit sind, zeigen die bereits eben angesprochenen Tarifabschlüsse bei aktuell 18 Eisenbahnunternehmen. Dort haben wir die stufenweise Absenkung der Arbeitszeit bis 2028 bereits verbindlich vereinbart.

Was sich erstmal unlogisch anhört, das erscheint am Ende aber logisch. Die Arbeitszeitabsenkung wird sogar dazu führen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wir stellen seit Jahren fest, dass gerade Berufe – fernab von „Homeoffice“ und einer 4-Tage Woche – rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr auf dem Bewerbermarkt nicht gut ankommen. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit sich wieder Leute für die Berufe an und für die Eisenbahn begeistern können. Passiert das nicht, finden Klima- und Verkehrswende weiterhin nur in Sonntagsreden statt. In der Realität können aber Stellwerke oder Züge nicht besetzt und Instandhaltungen nicht durchgeführt werden, weil das Personal schlichtweg nicht vorhanden ist.

Welche Rolle spielen die Medien in dieser Auseinandersetzung?

Wir finden es schade, dass die Medien ausschließlich Interesse an der GDL haben, wenn diese einen Streikaufruf verkündet. Bereits seit 2016 fordern wir zum Beispiel die Trennung von Netz und Betrieb. Ein zentraler Punkt dabei ist, dass gerade die Infrastruktur (Schiene, Bahnhöfe, Energie) dem Gemeinwohl zugeführt und somit Investitionen des Bundes und die Einnahmen auch wieder für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur verwendet werden und nicht – wie jetzt – im schwarzen Loch der DB AG verschwinden. Auch fordern



GDL-Streik in Mannheim, 11. Januar 2024.

Foto: helmut-roos@web.de.



GDL-Streik in Mannheim, 11. Januar 2024.

Foto: helmuth-roos@web.de.

wir seit Jahren, dass ein aus Steuergeldern finanzierter und defizitärer Staatskonzern Beteiligungen auf der ganzen Welt einstellen muss. Dem Fahrgast in Deutschland nützt es nichts, wenn die DB eine Catering-Firma in Großbritannien betreibt, während er nach einer verspäteten Zugfahrt und dem verpassten Anschlusszug im Wartehäuschen auf dem Bahnsteig auf den nächsten Zug warten muss.

Die Medienhetze gegen die GDL und insbesondere gegen den Vorsitzenden Claus Weselsky soll ja verhindern, dass der Streik Akzeptanz und Unterstützung erfährt. Was setzt ihr dem entgegen?

Das muss man differenziert betrachten. Gerade in der aktuellen Auseinandersetzung stellen wir fest, dass ein Großteil der Medien versucht, sachlich zu berichten. Dabei ist uns klar, dass das „Große Ganze“ in der schnellen und oberflächlichen Medienwelt in seiner Komplexität nicht immer rübergebracht werden kann. Außerdem finden wir bei der DB AG eine PR-Abteilung vor, die ihresgleichen sucht. Unzählige hoch bezahlte Mitarbeiter kümmern sich den ganzen Tag um nichts anderes als die Kommunikation mit den Medien. Wir als GDL

filtern bereits seit vielen Jahren raus, wer von uns Interviews und Hintergrundinformationen erhält und wer nicht. Der großen Tageszeitung mit den 4 Buchstaben zum Beispiel haben wir schon lange den Stuhl vor die Tür gestellt.

Wie stehen die EVG-Mitglieder zu eurem Streik?

Ein Großteil der EVG-Mitglieder ist enttäuscht von ihrer Interessenvertretung, und das merken wir selbstverständlich auch an unserer positiven Mitgliederentwicklung. Gerade in den neuen Berufsgruppen (Fahrdienstleiter, Instandhaltung usw.), welche wir erst seit November 2020 gewerkschaftlich vertreten, erkennen wir fast täglich Neueintritte beziehungsweise Übertritte. Mit der Forderung nach einem Tarifvertrag für unsere Mitglieder bei der Infrastruktur der Deutschen Bahn AG werden wir den Grundrechten unserer Mitglieder gerecht. Doch – wie soll es anders sein – hat die DB das bis jetzt natürlich anders gesehen und vehement versucht, die Stellung ihrer Hausgewerkschaft zu schützen, und verweigerte uns die Verhandlungen darüber. Deshalb heißt es jetzt „Farbe bekennen“, und wir fordern alle Kolleginnen und

Kollegen auf, nicht abzuwarten und zuzuschauen, sondern jetzt einzutreten und aktiv mitzumachen.

* [Die Fragen für *Avanti*² stellte H. S.] ■



GDL-Streik in Mannheim, 11. Januar 2024.

Foto: helmuth-roos@web.de.

„WIRKLICH, WIR LEBEN IN FINSTEREN ZEITEN“ – NIE WIEDER '33!

EIN GESPRÄCH MIT BERND KÖHLER

Avanti² sprach mit dem Mannheimer Musiker Bernd Köhler (Gitarre, Gesang) über das aktuelle „musikalisch-literarische Programm zwischen gestern und heute“, das er zusammen mit der Schauspielerin Bettina Franke (Texte, Gedichte, Gesang) und dem Geiger Joachim Romeis realisiert hat. In der Ankündigung dieses Projekts wird Bezug genommen auf das bedeutende antifaschistische Gedicht „An die Nachgeborenen“. Bertolt Brecht hatte es in den 1930er Jahren im Exil verfasst.*



Bernd Köhler, Bettina Franke, Joachim Romeis.

Fotos: Sven Ehlers/Axel Stamm.

Aus Anlass des 90. Jahrestags der Machtübertragung an den deutschen Faschismus 1933 habt ihr erstmals eine Auswahl von Liedern und Texten der Öffentlichkeit präsentiert. Was hat Euch dazu bewegt?

Auslöser war eine Anfrage der Mainzer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die sich von der musikalischen Seite her zeitgemäß mit den damaligen Ereignissen auseinandersetzen wollte. Durch unser Brecht-Programm war ich mit Bettina Franke ja schon konkret in diesem Thema drin. Wir hatten eine stimmige Form entwickelt, Text, Inhalte und Musik zusammenzubringen. So kam es zu dieser zweiten konzeptionellen Zusammenarbeit in Form eines Abendprogramms.

Aber wichtig für uns war erstmal der Anstoß, diese konkrete Anfrage von außen und auch der anschließende rege Austausch über Inhalte und Zielsetzungen. Dafür nochmal ein herzliches Merci nach Mainz.

Wiederholt sich derzeit aus Eurer Sicht erneut die Geschichte des aufhaltbaren Aufstiegs des Faschismus inklusive des Versagens der Arbeiterbewegung und des bürgerlichen Parlamentarismus?

Wir erleben eine Zeit in der sich der gesamte politische Diskurs nach rechts bewegt. Das spiegelt sich in den Leserbriefspalten der Zeitungen, bestimmt Talk-Shows und Debatten.

Nicht die konsequente Verteidigung demokratischer Errungenschaften, sondern das Zurückweichen bis hin zum Einschwenken auf früher undenkbar Positionen, zum Beispiel in der Migrationspolitik, prägt plötzlich das Handeln der sogenannten politischen Mitte. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Leute irgendwann nicht mehr die halbherzigen Zurückweichler, sondern das Original wählen. Das erinnert fatal an das, was wir über die 30er Jahre gehört oder gelesen haben. Auch die Art und Weise wie sich die bürgerliche Politik angesichts des Zustroms zur AfD beginnt, selbst zu zerlegen.

Da freut man sich schon sehr über eine einfache, klare Ansage, wie die des Freiburger Fußballtrainers Christian Streich: „Wer jetzt nicht aufsteht, hat nichts verstanden. Es ist fünf vor zwölf. Jeder ist dazu aufgerufen, sich im Familienkreis, in der Arbeit oder sonst wo klar zu positionieren.“ Das ist eine Aussage die so jetzt eigentlich von den Gewerkschaften kommen müsste.

Wie finster sind für Euch als nicht nur künstlerisch, sondern auch gesellschaftspolitisch engagierte Menschen, die heutigen Zeiten?

Na ja, es ist ja so, dass wir uns eigentlich nicht mehr haben vorstellen wollen, dass eine solche massenhafte Hinwendung zu völkisch einzuordnenden Vorstellungen und Absichten nochmal möglich sein könnte. Klar ist das alles hausgemacht bezie-

hungsweise systemisch bedingt. Krise und Verelendung, und sei es auch nur eine geistige, führen in das doppelte Elend sogenannter einfacher Lösungen. Und die Rechte hat die Bedeutung der Kultur entdeckt, versucht überall wo es ihnen in politischen Gremien möglich ist, demokratische Kultur und Vielfalt anzugreifen oder auszuschließen. Mit ein Grund für unsere Kultur-Initiative „Bunte Vielfalt statt völkischer Einfalt“, die wir vor einigen Jahren in Mannheim gegründet haben.

Mit welchen Überlegungen habt Ihr Euer Programm zusammengestellt? Und welche Inhalte sind dabei für euch von besonderer Bedeutung?

Wichtig war uns aufzuzeigen, wie nah sich die Ereignisse von damals und heute sind. Der ganze völkische Nährboden, der ja immer da war, nach dem Zweiten Weltkrieg nie konsequent angegangen, nur oberflächlich kaschiert wurde und nun über die AfD ein Sprachrohr gefunden hat, das mit den gleichen Codes arbeitet wie die Nazis damals. Nur dass es diesmal vorrangig gegen Migrant:innen und ausländische Menschen geht.

Die Geheimkonferenz in Potsdam hat aufgezeigt, wie weit die Überlegungen in diese Richtung mittlerweile schon gediehen sind. Was das alles bedeutet, und wie es schon mal millionenfach in brutaler Unterdrückung, Tod und Vertreibung endete, stellen wir in unserem Programm dar.

Mit Texten, Gedichten oder Liedern von Bertolt Brecht und Hanns Eisler, Rose Ausländer, Klaus Mann, Selma Meerbaum-Eisinger, der Widerstandskämpferin Annette Langendorf, der in Mannheim ein Platz gewidmet werden soll – um nur einige zu nennen. Hinzu kommen aktuelle Songs, Musiken und Berichte, die immer wieder klarmachen, dass das Postulat „Nie wieder“ gerade jetzt aktuell ist, wie es auch die Losung der momentanen Massenproteste gegen rechts abbildet.



Demo gegen Faschismus in Mannheim, 27. Januar 2024.

Wie kann es besser gelingen, Eure wichtigen kulturellen und politischen Anregungen insbesondere jüngeren Generationen und in der Arbeitswelt tätigen Menschen zu vermitteln?

Wir hoffen, nein besser, haben die Erfahrung gemacht, dass jüngere Menschen gerade deshalb zu unseren Aufführungen kommen, weil wir die Umstände schon im Titel nicht schönreden.

Das Programm vermittelt in künstlerischer Weise Inhalte, also Wissen um die wirtschaftlichen Hintergründe, Netzwerke und Zusammenhänge von damals und heute und zeigt auf, wie die Entwicklung zum Faschismus hätte verhindert werden können. Was sollte heute wichtiger sein als das?

Und was die Arbeitswelt betrifft, sehe ich gerade die Gewerkschaften, nach ihrer bitteren Erfahrung mit dem Faschismus, in der Pflicht aufzuklären und dagegenzuhalten. Gerne mit Unterstützung aus dem kulturellen Bereich.

* [Die Fragen stellte W. A.]

Zur Person

Bernd Köhler ist politischer Liedermacher. In den 70er-Jahren wurde er durch Auftritte unter dem Namen „Schlauch“ bundesweit bekannt.

Neben seinen Konzerten unterstützte er auch immer konkrete politische oder gewerkschaftliche Aktionen. Mit seinen aktuellen Programmen setzt er diese Tradition fort. Solo oder mit der Gruppe ewo2.

Seine LP- und CD-Produktionen wurden mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem PREIS DER DEUTSCHEN SCHALLPLATTENKRITIK im Bereich Lied und Chanson.

Mehr Infos unter www.bernd-koehler-live.de

Wirklich, wir leben in finsternen Zeiten

Nie wieder 33 - ein musikalisch literarisches Programm zwischen gestern und heute



Bernd Köhler (Gesang, Git.), Bettina Franke (Rezitation, Texte), Joachim Romels (Geige)

GDL-Streik – Reise mit klarem Ziel

R. G.

„Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn – Wohin geht die Reise?“ Unter dieser Überschrift fand im Januar 2024 der Infoabend der ISO Rhein-Neckar statt. Anlass war der neuerliche Tarifkampf zwischen Deutscher Bahn AG (DB) und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL).

Als Referent zu Gast war Danny Grosshans (2. stellvertretender Bezirksvorsitzender der GDL Süd-West). Er informierte faktenreich über die Hintergründe, Ziele und den aktuellen Stand der laufenden Tarifaufeinandersetzung. Er entschuldigte sich zu Beginn dafür, dass er sich wegen des arbeits- und zeitintensiven Streiks nicht vorbereiten konnte. Doch von einer fehlenden Vorbereitung war bei seinem informativen Vortrag nichts zu spüren.

Blick zurück

Danny Grosshans gab einen Überblick über die GDL-Geschichte der letzten 30 Jahre bis hin zum aktuellen Streik. Die GDL ist aus historischen Gründen Mitglied im Deutschen Beamtenbund, da früher die Lokführer verbeamtet waren. Dies hat sich nach der Fusion von DDR-Reichsbahn und BRD-Bundesbahn zur Bahn AG 1994 und der Bahn-Privatisierung verändert. Heute sind viele Lokführer Tarifangestellte.

Bekanntlich gibt es eine weitere Eisenbahngewerkschaft, die im DGB organisierte Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Ursprünglich bildeten EVG und GDL eine Tarifgemeinschaft. Da aber die GDL kleiner als die EVG war, wurden ihre Ziele und Interessen bei den Tarifabschlüssen nicht ausreichend berücksichtigt. Als Anfang der 2000er Jahre die Lokführer bei DB-Regio schlechter gestellt werden sollten als bei DB-Cargo, stimmte die GDL dem nicht zu. Seitdem gehen GDL und EVG getrennte Wege und stehen in direkter Konkurrenz zueinander.

Kampferfahren und streikbereit

2007 kam es zum ersten großen GDL-Streik mit dem der erste Tarifvertrag für Lokführer durchgesetzt wurde. Beim zweiten Streik 2011 wurde für die Lokführer ein Rahmenvertrag bezüglich Arbeitszeit und Vergütung durchgesetzt. Dieser sorgte mit

Übergangsfristen bis 2022 dafür, dass die Lokführer – unabhängig vom jeweiligen Bahnunternehmen – finanziell „gleichgestellt“ sind. In der Tarifrunde 2014/15 kam es erneut zu Streiks. Diesmal ging es um einen Tarifvertrag für Zugbegleiter, von denen seit Anfang der 2000er Jahre immer mehr Mitglied in der GDL wurden.

In der Folge dieses Streiks wurde 2015 das Tarifeinheitsgesetz (siehe Kasten auf Seite 11) verabschiedet, welches von der DB AG ab 2021 angewandt wurde. Dies zwang die GDL, sich für alle Berufsgruppen zu öffnen, um auf Dauer tariffähig zu bleiben und somit auch in Zukunft die Interessen ihrer Mitglieder wirksam durchsetzen zu können.

Aktuell sind in rund 70 der 400 DB-Betriebe sowohl GDL als auch EVG vertreten. Auf Grundlage des Tarifeinheitsgesetzes habe die EVG einseitig „entschieden“, dass die GDL lediglich in 16 Betrieben zuständig sei. Die DB teilt diese EVG-Position. Seit rund 2,5 Jahren führt die GDL dagegen ein arbeitsgerichtliches Verfahren. Aber bis heute gibt es dazu kein Urteil.

Falsches Spiel der Deutschen Bahn AG

Die GDL fordert bei einer Laufzeit von 12 Monaten 555 Euro Entgelterhöhung, höhere Schichtzulagen, höhere Ausbildungsvergütungen, die 35-Stunden- und die 5-Tage-Woche für Schichtarbeitende, eine Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro und 5 Prozent Unternehmensanteil an der betrieblichen Altersvorsorge.

Auf Grundlage dieser Forderung konnte die GDL bei 18 privaten Bahnunternehmen inzwischen Tarifabschlüsse erzielen. Vereinbart wurde eine Lohnerhöhung von 420 Euro, die 5-Tage-Woche, die bis 2028 stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche und eine Laufzeit von 24 Monaten.

Wenn man von den ursprünglichen GDL-Forderungen ausgeht, zeigt dies, so Kollege Grosshans, dass die GDL entgegen der Behauptung von Bahn-Vorstand und Politik kompromissbereit ist. Aber gerade bei den Unternehmen in öffentlicher Hand, der DB und der City-Bahn Chemnitz, werde dieser Kompromiss blockiert.

Im Gegenteil, das von der DB öffentlichkeitswirksam vorgelegte „Angebot“ war eine Provokation. Unter anderem beinhaltete dieses „Angebot“ die 37-Stunden-Woche, aber nur wenn Personal zur Verfügung steht, und 13 % Prozent mehr Geld, aber nur wenn 38 Stunden gearbeitet werden. Dies war im Vergleich zu den Tarifabschlüssen bei den Privaten deutlich schlechter und damit für die GDL nicht annehmbar. Darum blieb der GDL keine andere Wahl als den 6-tägigen Streik auszurufen.

Angriffe auf GDL und Streikrecht

Der GDL-Streik wird dezentral organisiert. Dabei ist aufgrund der Betriebsstruktur die Streik-Situation für die Kolleginnen und Kollegen sehr unterschiedlich. Manchmal streiken 5 Kolle-



GDL-Streik in Mannheim, 11. Januar 2024.

Foto: helmut-roos@web.de.

ginnen und Kollegen, manchmal 40. Aber es gibt auch Kolleginnen und Kollegen, die an ihrem Einzelarbeitsplatz alleine streiken. Diese werden von ihren Vorgesetzten teilweise massiv unter Druck gesetzt oder gar bedroht. Aber bislang stehe die Streikfront.

Auch die öffentlichen und zum Teil persönlichen Anfeindungen und Drohungen gegenüber der GDL, ihrer Führung und der Mitgliedschaft, hätten den gewerkschaftlichen Zusammenhalt nicht untergraben können, sondern weiter gestärkt.

Intensive Diskussion ...

In der anschließenden Diskussion zeigten sich die Teilnehmenden beeindruckt von der Kampfbereitschaft, Klarheit und Entschiedenheit der GDL und ihrer Mitglieder und bezeichneten diese als beispielhaft für alle Gewerkschaften.

Offen und solidarisch wurden viele Aspekte dieses Tarifkonflikts angesprochen. Zum Beispiel die öffentliche Kampagne, dass die GDL mit ihrem Streik der Wirtschaft schade und die Verkehrswege ausbremse. Dass inzwischen unter anderem von Jens Spahn (CDU) eine weitere Einschränkung des Streikrechts diskutiert werde. Oder dass die Blockade des DB-Vorstands als Versuch gesehen wird, die GDL an die Wand zu drücken und dauerhaft zu schwächen.

Mehrere Beiträge gingen auch auf die gesundheitlichen Belastungen durch die Schichtarbeit im Bahnbetrieb ein. Nicht zuletzt wurde die von GDL-Mitgliedern gegründete Leiharbeits-Genossenschaft Fair-Train e. G. kritisch hinterfragt und eine Zusammenarbeit mit der Klimabewegung als notwendig angesehen.

... und Solidarität

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass dieser Tarifkampf für die gesamte arbeitende Klasse und die Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung ist. Deshalb sei es notwendig, die GDL solidarisch zu unterstützen. Zum Beispiel durch Teilnahme an Streikversammlungen und Kundgebungen der GDL sowie Aufklärung und Diskussion über den Streik und seine Ziele im eigenen Arbeits- und Lebensumfeld. Insbesondere muss in den DGB-Gewerkschaften Solidarität mit dem Streik und eine kämpferische Politik gefordert werden. ■

Tarifeinheitsgesetz (TEG)

Das TEG aus dem Jahr 2015 regelt, dass in einem Unternehmen ausschließlich der Tarifvertrag der größten Gewerkschaft im Unternehmen gültig ist. Es ist kein Muss-Gesetz, sondern kann vom Unternehmen oder der „Mehrheits“-Gewerkschaft genutzt werden. Dieses Gesetz wurde unter der SPD-Arbeitsministerin Nahles verabschiedet und skandalöser Weise von den DGB-Gewerkschaften mit Ausnahme von ver.di, NGG und GEW begrüßt. Es hat nur einen Zweck: Es soll kleine und kämpferische Gewerkschaften wie die GDL, Cockpit oder den Marburger Bund handlungsunfähig machen und die Vorherrschaft der großen DGB-Gewerkschaften sichern.

Rätselhaft? Des Rätsels Lösung

U. D./H. N.

In der Januar-Ausgabe von *Avanti*² hatten wir auf Seite 11 zur Lösung unseres rätselhaften Neujahrsspaßes eingeladen. Gesucht war eine bekannte Person, die sich zum einen auf dem Bild (siehe auch rechts auf dieser Seite) „versteckt“ und zum anderen einen „linksradiakalen“ Text mitverfasst hatte.

Ein Leser hat der Redaktion von *Avanti*² in Rekordzeit die richtige Antwort mitgeteilt: Es handelt sich um Olaf Scholz – derzeit Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Scholz würde als Propagandist einer militaristischen „Zeitenwende“ und einer merkwürdig einseitigen „Staatsräson“ an einer solchen Antikriegs- und Friedensaktion natürlich nicht teilnehmen. Den „linken“ Ver(w)irrungen seiner Zeit als Jungsozialist hat er längst gründlich abgeschworen. Dafür hat er sich als hartnäckiger Interessenvertreter von Konzernen, von zumindest einer kleineren Privatbank und von Superreichen auf der politischen Karriereleiter nach ganz oben hochdienen können.

Wie heißt es doch in der oben erwähnten und vom Juso Scholz mitverfassten Stellungnahme? „Geschichte wiederholt sich: die Verschärfung der kapitalistischen Krise ohne entwickeltes Bewußtsein ihrer Opfer führt zur Stärkung der politischen Rechtskräfte. [...] In keiner Phase der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung [...] wurde von der SPD an der Entwicklung

von Klassenbewußtsein gearbeitet. Vielmehr förderte die Mehrheitssozialdemokratie Illusionen in der Bevölkerung über Krisenbewältigung und Reformpolitik im Kapitalismus. – Die Partei stellte den nackten Machterhalt über jede inhaltlich bestimmte Auseinandersetzung mit Kapitalinteressen [...].“

Wie wahr!

Der glückliche Gewinner darf sich jetzt über ein Buch aus dem Neuen ISP-Verlag freuen. ■



Friedenskundgebung in Mannheim, 15. November 2023.

Foto: Avanti².

Vor 50 Jahren: Streik im Öffentlichen Dienst

E. B.

Am 10. Februar 1974 begann der erste bundesweite Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst.

Mehr als 200.000 Beschäftigte traten nach dem Scheitern der Verhandlungen und der darauffolgenden Urabstimmung in den Streik. Er wirkte sich vor allem im Öffentlichen Personennahverkehr, bei der Müllabfuhr und bei vielen Behörden aus.

Gemeinsam hatten zwei Vorläuferorganisationen von ver.di – die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) – 15 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 185 Deutsche Mark (DM) gefordert. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) hingegen verlangte 14 Prozent.

Vor dem Scheitern der Verhandlungen hatten die „Arbeitgeber“ lediglich 9,5 Prozent angeboten. Zudem hatte sich Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) öffentlich gegen die „zu hohen“ Gewerkschaftsforderungen ausgesprochen, die sich „nicht darstellen“ ließen.

Bei dem Arbeitskampf ging es also um mehr als „nur“ um Geld. Es ging auch um die Verteidigung der Tarifautonomie und die Abwehr von Lohnleitlinien.

Der drei Tage andauernde Erzwingungsstreik war erfolgreich. Am 13. Februar 1974 einigten sich die Tarifparteien auf 11 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens jedoch 170 DM.

Allerdings vereinbarten am 12. Dezember 1974 „Arbeitgeber“ und Gewerkschaften auch ein Schlichtungsabkommen für den Öffentlichen Dienst, welches das grundgesetzlich garantierte Streikrecht weiter einschränkte.



Rückblick von ver.di auf den Streik von 1974, 12. Oktober 2022.

Grafik: ver.di/bearbeitet durch Avanti?

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 02.02.2024, Kundgebung gegen rechts, Domplatz SP
- SO, 04.02.2024, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- MI, 07.02.2024, 14:15 Uhr, Stolpersteine für den Antifaschisten E. Gumbel und Familie, Beethovenstr. 39, HD-Handschuhsheim
- DO, 15.02.2024, 18:00 Uhr, „Lula Presidente - Wie geht es weiter in Amazonien?“, Gewerkschaftshaus MA, Raum Bleicher, Eingang Neckarseite
- SAM, 17.02.2024, Demo „Freiheit für J. Assange“, ab Abendakademie MA, 13:00 Uhr
- DI, 20.02.2024, Demo „Freiheit für J. Assange“, ab Bismarckdenkmal HD, 17:30 Uhr
- DO, 22.02.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 23.02.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu Antifaschismus
- SAM, 24.02.2024, 2. Jahrestag des Ukraine-Kriegs

Vorschau

- DO, 21.03.2024, Internationaler Tag gegen Rassismus
- SAM, 30.03.2024, Ostermarsch MA
- FR, 30.05.2024, bis SO, 02.06.2024, Ökosozialistische Konferenz der ISO



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
ViSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

